

Postgasse 68
3000 Bern 8
Telefon 031 633 75 91
Telefax 031 633 75 97
kommunikation@be.ch
www.be.ch

17. Dezember 2014

(bu 426854)

Gemeinsame Medienmitteilung

Juradelegation des Regierungsrats – Bernjurassischer Rat – Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel – Bieler Juradelegation

Jurapolitik

Kanton macht Standortbestimmung mit den institutionellen Partnern



Die Juradelegation des Regierungsrats hat sich zu einer Standortbestimmung mit ihren institutionellen Partnern getroffen. Dies geschah ein gutes Jahr nach der Konsultativabstimmung, an der es die Bevölkerung des Berner Juras grossmehrheitlich abgelehnt hatte, zusammen mit dem Kanton Jura die Arbeiten zur Schaffung eines neuen Kantonsgebildes einzuleiten. Im Zentrum des Gesprächs mit Vertretern des Bernjurassischen Rats (BJR) sowie den Präsidien des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) und der Bieler Juradelegation (DBAJ) standen verschiedene Fragen zur Jurapolitik, insbesondere zum Schlussbericht «Status quo+», den der Regierungsrat demnächst beraten wird, sowie zur vorgesehenen Gemeindeabstimmung in Moutier betreffend der Kantonszugehörigkeit.

Angeführt von Regierungsrat Philippe Perrenoud hat die Juradelegation des Regierungsrats in La Neuveville zuerst die Vertreter des Büros des BJR zum Gespräch getroffen. Der Präsident der Juradelegation reiste anschliessend nach Biel weiter, um dort das Gespräch mit Pierrette Berger-Hirschi, Präsidentin des RFB, sowie dem Bieler Stadtpräsidenten Erich Fehr, Vorsitzender der DBAJ, fortzusetzen.

Die Gesprächsparteien haben sich insbesondere über die Inhalte des Berichts zum «Status quo+» ausgetauscht. Der Regierungsrat hat Anfang Dezember zum Bericht, der zum Ziel hat, das Sonderstatut des Berner Juras und die Zweisprachigkeit im Kanton Bern weiterzuentwickeln, eine erste Aussprache geführt. Die Mitglieder der Juradelegation des Regierungsrats haben die Gelegenheit genutzt, um den Experten, die den Bericht in den vergangenen drei Jahren verschiedenen Arbeitsgruppen verfasst haben, für die geleistete Arbeit zu danken. Dabei haben sie die Bedeutung des Dokuments unterstrichen. Die Interjurassische Versammlung hatte im Jahre 2009 das Entwickeln des «Status quo+» neben der Schaffung eines neuen Kantonsgebildes als einer der beiden möglichen Wege zur Regelung der institutionellen Zukunft der Region vorgeschlagen.

Bericht wird jetzt sorgfältig geprüft

Die Juradelegation des Regierungsrats hat den Gesprächspartnern erläutert, dass sich die Regierung die nötige Zeit nehmen werde, um sich detailliert mit dem Bericht zum «Status quo+» zu befassen. Erst danach werde sie zu den Vorschlägen Stellung beziehen. Die Partner begrüssen das Interesse des Regierungsrats am französischsprachigen Teil des Kantons.

Willy Sunier, Präsident des BJR, äussert den Wunsch, dass der Bericht für den Regierungsrat hohe Priorität geniesse und dass er seine Absichten in Bezug auf die Vorschläge raschmöglichst bekannt gebe. Auch die Vertreter des RFB und der DBAJ hoffen, dass sich der Regierungsrat bald zum Bericht äussert und sich dabei spürbar zugunsten der kantonalen Zweisprachigkeit engagiert.

Weitere Themen der Jurapolitik

Die Treffen wurden genutzt, um weitere Themen aus dem Juradossier anzusprechen. Insbesondere im Gespräch mit dem BJR kamen die beiden Parteien auch auf die Abstimmungen zu sprechen, an denen die Bevölkerung in jenen Gemeinden, die das wünschen, sich zur Frage über den Verbleib im Kanton Bern oder über einen Wechsel in den Kanton Jura äussern werden. Gemäss dem momentanen Stand der Arbeiten sollten sich der Kanton Bern, der Kanton Jura und die Stadt Moutier bis im Januar 2015 über die zeitlichen und inhaltlichen Modalitäten (feuille de route) einer Gemeindeabstimmung in Moutier einigen.

Notiz an die Redaktionen

Auskünfte erteilen:

- Michel Walthert, Vizestaatschreiber, Tel. 031 633 75 08
- Fabian Greub, Generalsekretär BJR, 032 493 70 73
- Erich Fehr, Präsident DBAJ, Tel. 032 326 11 01 (17. Dezember zwischen 14.30 und 16 Uhr)
- Pierrette Berger-Hirschi, Präsidentin RFB, Tel. 079 287 47 15 (17. Dezember zwischen 15.00 und 17.00 Uhr)